



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 09.12. bis
11.12.2025**

– Auszug aus Drucksache 19/9404 –

**Frage Nummer 28
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter **Florian Köhler** (AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie sie hinsichtlich der Initiative im Bundesrat gemäß Nr. 14 der BR-Drs. 474/25, die eine Verpflichtung vorsieht, dass Gastronomiebetriebe und Geschäfte des täglichen Bedarfs neben Bargeld mindestens eine digitale Zahlungsmethode anbieten müssen, positioniert und abgestimmt hat, wieso hat sich die Staatsregierung bzgl. dieser Bundesratsinitiative so positioniert und abgestimmt und wie hoch bewertet die Staatsregierung die zu erwartenden Kosten und negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die bayerische Gastronomie und den Einzelhandel des täglichen Bedarfs einer verpflichtenden digitalen Zahlungsoption?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Die Staatsregierung hat in der Plenarsitzung des Bundesrats am 17. Oktober 2025 der Beschlussempfehlung der Ausschüsse zur verpflichtenden Einführung einer digitalen Zahlungsoption nicht zugestimmt. Aus Sicht der Staatsregierung kann eine solche Verpflichtung nur in Verbindung mit Entlastungen an anderer Stelle erfolgen, etwa durch die Abschaffung der Belegausgabepflicht. Insgesamt dürfen für die Betroffenen keine zusätzlichen Belastungen entstehen. Zu möglichen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen einer verpflichtenden digitalen Zahlungsoption liegen der Staatsregierung derzeit keine Erkenntnisse vor.